

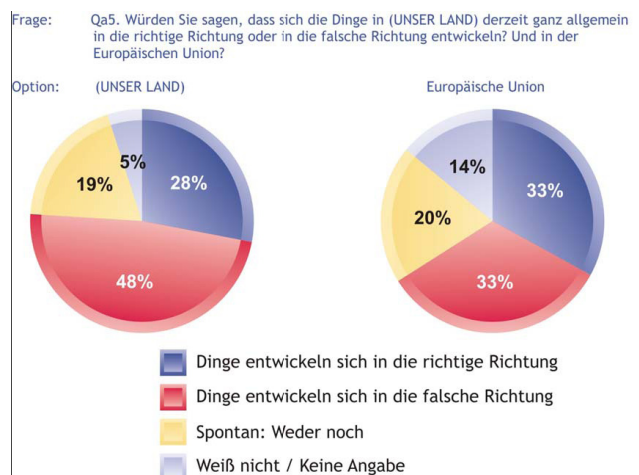


Eine kerneuropäische Föderation – Vision von einem handlungsfähigen Europa



Vortrag von Mag. Karl Koller und Mag. Christoph Korosec bei der "Impulsgruppe Europa" der "Perspektivengruppe der ÖVP" und bei den Katholisch akademischen Verbindungen KAV Norica und KAV Norica Nova am 22. Juni 2007

- Die Zukunft ist offen! Die Menschheit, auch jeder Einzelne von uns, hat es in der Hand sie zu gestalten. ...es ist immer möglich einen anderen Weg einzuschlagen, das Weitergehen auf dem ausgetrampelten Pfad ist kein Naturgesetz ... Klima, Globalisierung ... Unser Präsidiumsmitglied Altvizkanzler Josef Riegler sagte einmal bei einer Klausur, dass viele Menschen offensichtlich bereits so "gehirngewaschen" sind, dass sie sich gar keine Alternative zu dieser Form der Globalisierung, wie sie aktuell betrieben wird, vorstellen können.
- Schauen wir doch einmal anhand der letzten **Eurobarometer-Erhebung (Herbst 2006)** wie die Sache von den europäischen Bürgern gesehen wird:
Immerhin 33 % der EU-Bürger sind der Meinung, dass sich die Dinge in der EU in die falsche Richtung entwickeln. Aber 48 % sind der Meinung, die Dinge im eigenen Land bewegen sich in die falsche Richtung!!!
- Die Menschen wissen, dass die aktuellen Herausforderungen, die Bedrohungen ... nicht national bewältigt werden können!
Wir brauchen ein "Mehr" an Europa – im Umweltschutz, in Fragen der inneren und äußeren Sicherheit, beim Schutz vor den negativen Folgen der Globalisierung ... Beeindruckende 62 % der Europäer sind sogar für die Vereinheitlichung der Sozialsysteme!
Ein Großteil der Europäer will eine europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik (75 %) und eine europäische Außenpolitik (68 %)
- Und obwohl die Bürger wissen, dass wir "mehr Europa" brauchen, haben sie kein wirkliches Vertrauen in die Politik, in die europäischen Institutionen, in die EU insgesamt.
Schauen wir uns wieder die Eurobarometer-Erhebung an: Nur 46 % der Europäer und nur 34 % der Österreicher haben ein positives Bild von der Europäischen Union.



Und wie schaut es mit dem Vertrauen in die europäischen Institutionen aus? Nur 48 % der Europäer und nur 45 % der Österreicher haben Vertrauen in die Europäische Kommission. Immerhin 31 % der Europäer haben dezidiert kein Vertrauen in die Kommission! Ein ähnliches Bild ergibt sich für das EU-Parlament – nur 52 % haben Vertrauen, 32 % dezidiert kein Vertrauen.

Die Bürger wissen also, dass der Nationalstaat zur Lösung der Herausforderungen, der Probleme ungeeignet ist, dass Entscheidungen auf europäischer Ebene notwendig sind und gleichzeitig misstraut man der EU insgesamt und ihren Institutionen.

Was ist die Ursache? Wir behaupten, es sind zwei Punkte:

- Zum Ersten: Die Bürger können kein stimmiges Gesamtkonzept zur Lösung der komplexen, miteinander vernetzten Herausforderungen erkennen – und es gibt auch keines!
- Und noch schlimmer: Dass die Nationalstaaten nicht in der Lage sind, ein solches Konzept zu entwickeln ist ja klar, aber auch die EU kann es nicht! Und das spüren die Bürger Europas – nicht nur in einer irgendwie diffusen Art – sie sehen ja die Ergebnisse europäischer Politik: Anspruch und Wirklichkeit klaffen weit auseinander!

Im Bezug auf die Globalisierung hat es Heiner Geißler auf drastische Weise so ausgedrückt: *"Die Menschen verzweifeln an der Unfähigkeit der Verantwortlichen in der Politik ..., Konzepte zu entwickeln, die es erlauben, Globalisierung human zu gestalten"*.

Die Menschen verzweifeln ...

Unsere Analyse bei Nova EUropa ist: Die EU ist gar nicht in der Lage, das zu leisten, was die Bürger erwarten, einfach weil sie kein Staat ist!

Dazu ein paar Beispiele:

- Wir haben gesehen, dass ein sehr großer Teil der EU-Bürger eine gemeinsame europäische Außen- und Verteidigungspolitik wünscht.
Es wäre naiv zu glauben, dass die Einführung von Mehrheitsabstimmungen den Durchbruch brächte. Wie soll das denn etwa bei militärischen Einsätzen in der Praxis funktionieren? Eine Mehrheit beschließt den Einsatz europäischer Truppen – aber wer stellt sie zur Verfügung? Wie sieht es mit Entsatz aus, wenn dieser notwendig wird? – Realistischerweise werden wir wohl die USA bitten müssen! Die einzigen interventionsfähigen Streitkräfte haben Franzosen und Briten – aber was ist, wenn diese beiden Staaten dagegen stimmen oder überstimmt werden? ... Eine "gemeinsame" Außen- und erst recht Verteidigungspolitik kann da nur Illusion bleiben!
- Ein zweites Beispiel: Die Bürger Europas wünschen den Erhalt der Sozialen Marktwirtschaft. Faktum ist aber, dass aufgrund der Globalisierung der Wirtschaft zwischen den Staaten – auch zwischen den Staaten Europas – der Standortwettbewerb tobt. Dieser Standortwettbewerb zwingt die Staaten Steuern für Unternehmen, Spitzenverdiener, Kapitaleinkommen zu senken, ohne dass dies auf lange Sicht einen positiven Effekt auf Industrieansiedlung und Arbeitsplätze hätte, da ja alle Staaten mitmachen und alle mitmachen müssen. Da die Staatskassen austrocknen folgen dann Einsparungen bei Pensionen, Gesundheit, Sozialen ... und das obwohl das Volkseinkommen Jahr für Jahr wächst!
Dasselbe erleben wir bei den Löhnen: Der Standortwettbewerb in der vom globalen Neoliberalismus geprägten Weltwirtschaft führt schon seit dem Ende der 70er Jahre dazu, dass der Lohnanteil am Volkseinkommen Jahr für Jahr sinkt.
Wie soll die EU gegen diese Umverteilung von Unten nach Oben etwas unternehmen, wo doch auch innerhalb der EU dieser schädliche Standortwettbewerb herrscht? Und wie sollte ein Club von 27 Staaten mit unterschiedlichsten Ansichten und Interessen in der Lage sein, entscheidenden Druck in Richtung einer Änderung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ausüben zu können? Erinnern wir uns an die deutsche Initiative, die Hedgefonds zu regulieren – die Briten haben sich sofort auf die Seite der USA geschlagen!
- Ähnlich ist es bei der größten Bedrohung, der wir gegenüberstehen – der drohenden Klimakatastrophe. Angela Merkel hat dieses Thema zum zentralen Anliegen der deutschen Präsidentschaft gemacht – nur was hat sie erreicht? Eine unverbindliche Erklärung der G8-Staaten, dass man eine Reduktion der Treibhausgase bis 2050 um 50 % erwägt. Jeder, der sich ernsthaft mit der Problematik beschäftigt, weiß, dass wir um die Klimakatastrophe zu vermeiden, mindestens eine Reduktion um 80 % bis 2050 und um 15-30 % schon bis 2020 benötigen!
Die einzig wirksame Maßnahme sind ökologische Steuerreformen, Ökosteuern, die Ressourcen- und Umweltverbrauch teurer und im Gegenzug Arbeit billiger machen. Aber wie soll es Europa

möglich sein, einseitig eine solche Maßnahme zu setzen, wo seine Unternehmen im globalen Wettbewerb und seine Industriestandorte im globalen Standortwettbewerb stehen?

Auch hier fehlt Europa die Handlungsfähigkeit nach Innen wie auch das globale Gewicht, international eine Richtungsänderung, verbindliche Ziele und eine verbindliche Politik, durchzusetzen!

Wenn Europa in der Weise handlungsfähig werden soll, wie es die Menschen erwarten – muss es gemeinsame staatliche Strukturen bekommen! Wenn Europa in der Lage sein soll, einen entscheidenden Einfluss auf die Lösung der großen globalen Herausforderungen auszuüben, wenn es in der Lage sein soll, den Menschen nicht nur Schutz vor der Globalisierung zu geben, sondern diese entsprechend europäischer Wertvorstellungen zu gestalten und zu verändern – im Sinne einer Globalisierung der Ökosozialen Marktwirtschaft – dann muss es ein Staat werden.

Doch wir sind Realisten genug, um zu wissen, dass in einer EU der 27 niemals der Zeitpunkt kommen wird wo alle EU-Staaten von der Notwendigkeit der Gründung eines europäischen Bundesstaates überzeugt sind! Denken wir nur an die Briten, denken wir an Vaclav Klaus in Tschechien und denken wir vor allem an die beiden nationalistischen Eiferer, die Kaczyński-Zwillinge, in Polen. Daher befürworten wir die Bildung eines **kerneuropäischen Bundesstaates!**

Und mit dieser Haltung sind wir nicht allein!

- 1994 haben Karl Lamers und Wolfgang Schäuble ein Kerneuropa vorgeschlagen,
- 2000 hat Joschka Fischer in seiner bemerkenswerten Rede an der Humboldt Universität von einer Avantgarde von EU-Staaten gesprochen, die eine Europäische Föderation bilden. Ich zitiere: "D.h. nichts Geringeres als ein europäisches Parlament und eine ebensolche Regierung, die tatsächlich die gesetzgebende und die exekutive Gewalt innerhalb der Föderation ausüben"!
- Ende 2005 hat sich Guy Verhofstadt für die Bildung eines europäischen Bundesstaates ausgesprochen. Ich zitiere wieder: "Jedes Land könnte selbst entscheiden, ob es der Föderation oder der großen Organisation der europäischen Staaten um diesen Kern herum angehören will."
- Und in Österreich hat Christoph Leitl im Sommer 2005 von einem föderalistisch organisierten kerneuropäischen Bundesstaat gesprochen, der "so funktioniert wie alle demokratischen Staaten der Welt, mit einer starken Regierung, einem starken Parlament und unabhängigen Richtern".

Dieses Bundesstaatskonzept ist unserer Ansicht nach der geeignetste Schritt zur Vertiefung der EU und er ist eine Fortentwicklung des bereits bestehenden Europas der konzentrischen Kreise, wie es sich in der Euro-Zone und bei Schengen manifestiert.

Grundsätzlich sind alle EU-Mitglieder eingeladen, dem Bundesstaat beizutreten. Um aber weltpolitisch handlungsfähig zu sein, muss die Europäische Föderation eine innere Homogenität besitzen, die sie davor bewahrt, sich die längste Zeit mit sich selbst zu beschäftigen. Daher schlagen wir vor, dass der Föderation nur solche EU-Staaten angehören sollen, die, wie bei der Teilnahme an Euro und Schengen gewisse Kriterien erfüllen:

Diese Kriterien wären:

- Mitgliedschaft in der Euro-Zone und ein zufriedenstellendes Ausmaß an "realer ökonomischer Konvergenz" sowie ein entsprechendes Wohlstandsniveau;
- Bekenntnis zum kontinentaleuropäischen Wirtschafts- und Sozialmodell;
- Regierung und Bevölkerungen müssen zu einem solchen europäischen Staat die notwendige positive Einstellung haben;

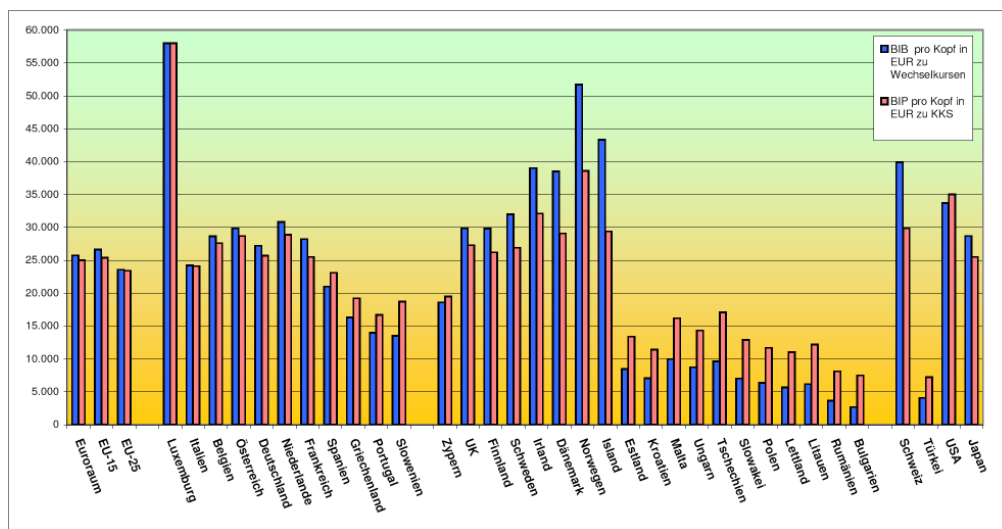
Reale Ökonomische Konvergenz? Darunter verstehen wir, dass die Kaufkraft des Euro in den Gründungsstaaten der Föderation nicht zu unterschiedlich sein soll. Unser Vorschlag ist, dass eine maximale Abweichung von 40 % vom Durchschnitt in der Eurozone zulässig sein soll.

Wohlstandsniveau? Hier schlagen wir vor, dass das BIP/Kopf in Euro in den Gründungsstaaten der Föderation mindestens 50 % des durchschnittlichen Pro-Kopf BIP in der Europäischen Föderation betragen muss.

Schauen wir uns das anhand von EUROSTAT-Daten an: Wenn wir zunächst das Wohlstandsniveau betrachten, dann sehen wir – und ich sag gleich dazu, dass diese Elfer-Gruppe (EWG-Gründerstaaten, Spanien, Portugal, Griechenland, Österreich, Slowenien) unser Favorit ist, und das werde ich dann später noch weiter begründen – dann sehen wir, dass der Durchschnitt beim Pro-Kopf-Einkommen in Euro ca. bei € 12.700 (zu Preisen 2005) liegen würde. D.h. Slowenien und Portugal würden gerade noch drüber liegen, alle anderen osteuropäischen Staaten aber weit drunter.

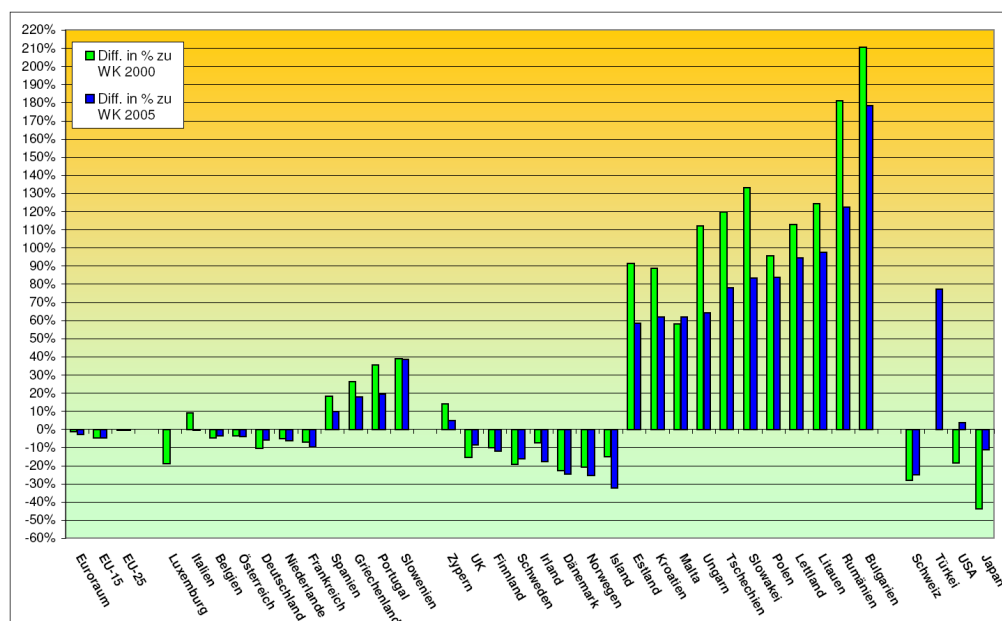
Das BIP in Kaufkraftstandards wäre höher, was uns nichts anderes zeigt, als dass die Währungen dieser Länder in Relation zum Euro noch deutlich unterbewertet sind, oder mit anderen Worten, dass die Kaufkraft des Euro in diesen Ländern deutlich höher als in der Eurozone ist – in Bulgarien z.B. um weit mehr als die Hälfte ...

BIP pro Kopf 2005 zu laufenden Preisen (Quelle: Eurostat)



Wir sehen auf der nächsten Graphik genau diese Differenz – die Abweichung des BIP/Kopf in Euro vom BIP/Kopf in Kaufkraftstandards – wir können hier also schauen, wie es mit der realen Konvergenz aussieht! Schauen wir vielleicht nur auf die blauen Balken, die zeigen die Zahlen aus 2005.

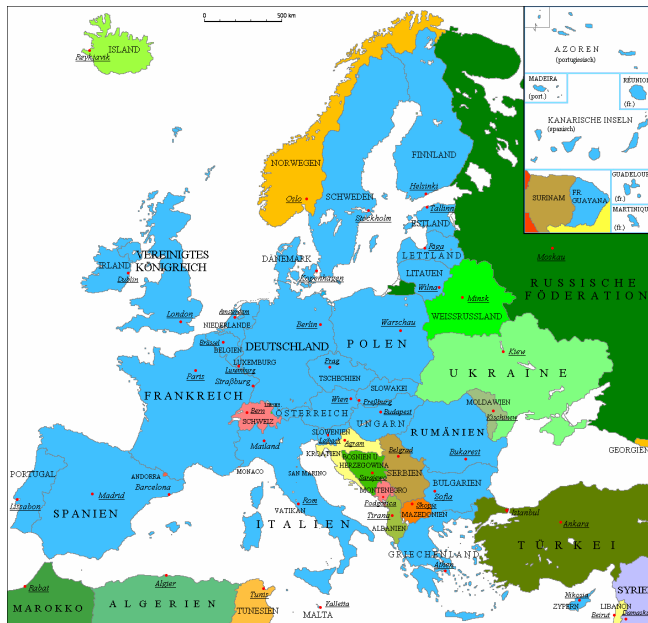
Reale Konvergenz – Abweichung BIP/Kopf in Euro zu Wechselkursen und Kaufkraftstandards 2000 und 2005 (Quelle: Eurostat)



Bei den EWG-Gründerstaaten und bei Österreich ist die Abweichung minimal, bei Spanien beträgt sie 10 %, bei Griechenland und Portugal unter 20 % und bei Slowenien etwas unter 40 %, wobei hier in den nächsten Jahren wohl eine Verringerung der Differenz zu erwarten ist – siehe z.B. Portugal oder Griechenland ...

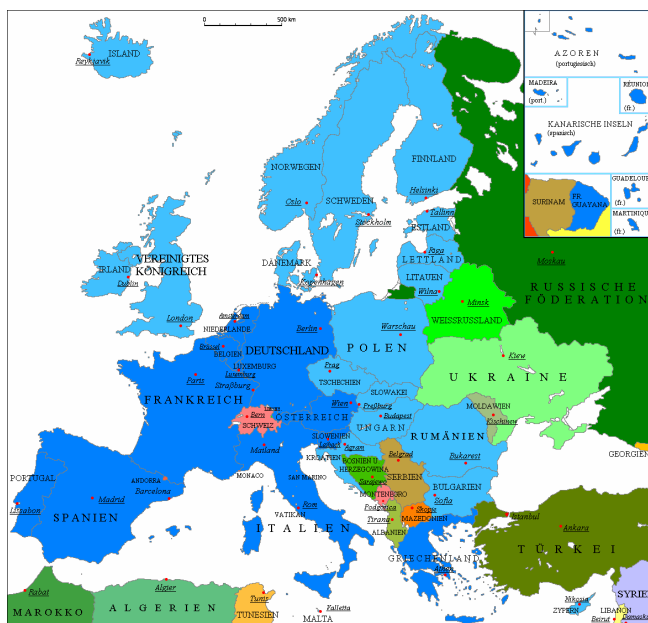
Nun, wer würde außer den elf Ländern hier noch die von uns gewünschten Voraussetzungen erfüllen? Das wären die Nordeuropäer, das UK, Irland und Zypern. Nun, Zypern kommt für uns nicht in Frage, solange sein Problem mit der Besetzung des Nordteils der Insel nicht gelöst ist. Das UK, Dänemark und Schweden sind nicht einmal in Eurozone, bei Irland muss wohl das Bekenntnis zum kontinental-europäischen Wirtschaftsmodell in Zweifel gezogen werden – und Finnland wäre wohl geographisch ziemlich isoliert vom Rest der Föderation.

Wir sehen das hier gleich auf dieser Karte bzw. der nächsten. Hier die EU 2007 ...



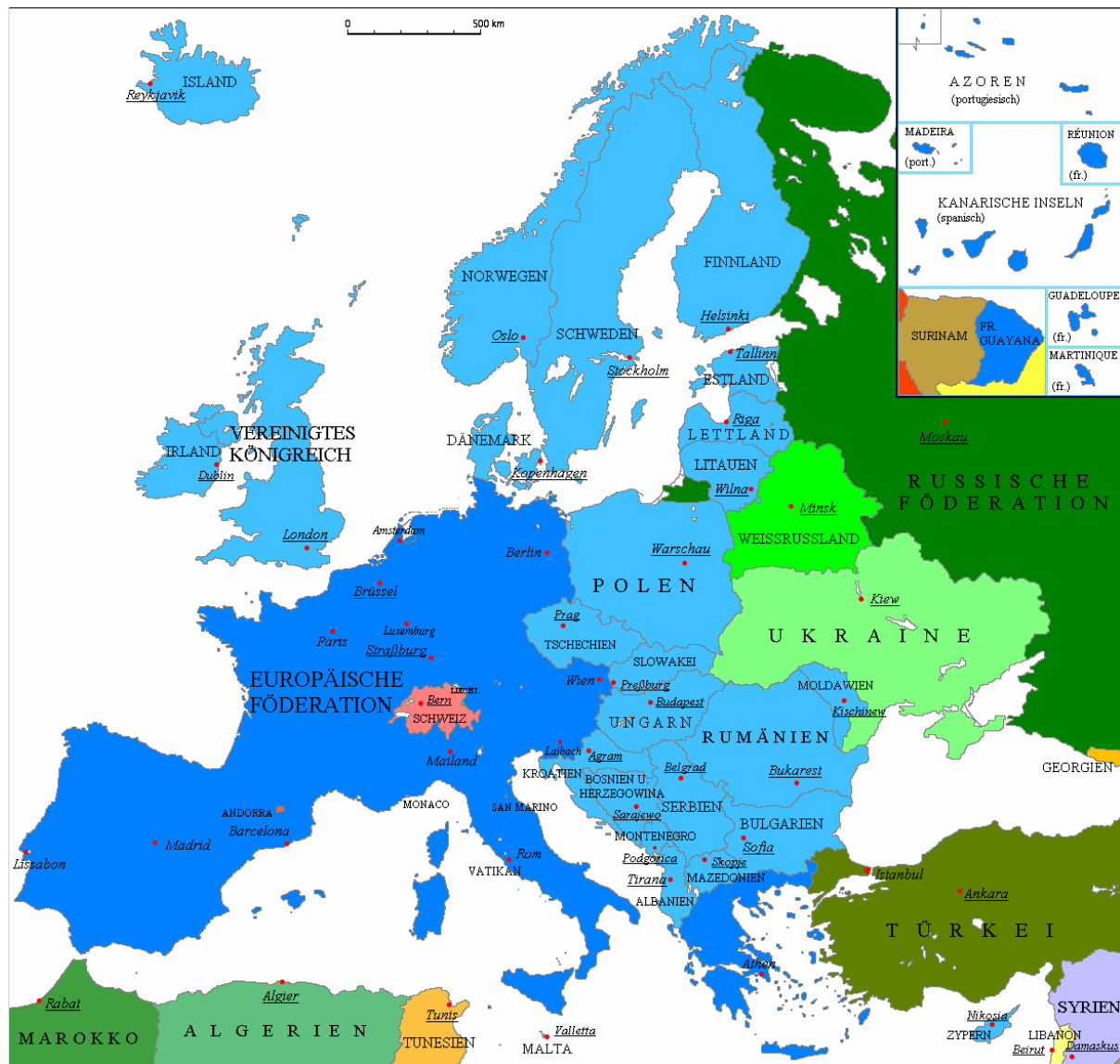
EU-2007: EU-Staaten in hellblau;

... und hier dann – in dunkelblau – jene Staaten, die sich nach unserem Konzept zu einem Staat zusammenschließen sollen.



EU hell- und dunkelblau; Staaten, die sich zur Europäischen Föderation zusammenschließen in dunkelblau;

... Und das schaut dann so aus ...

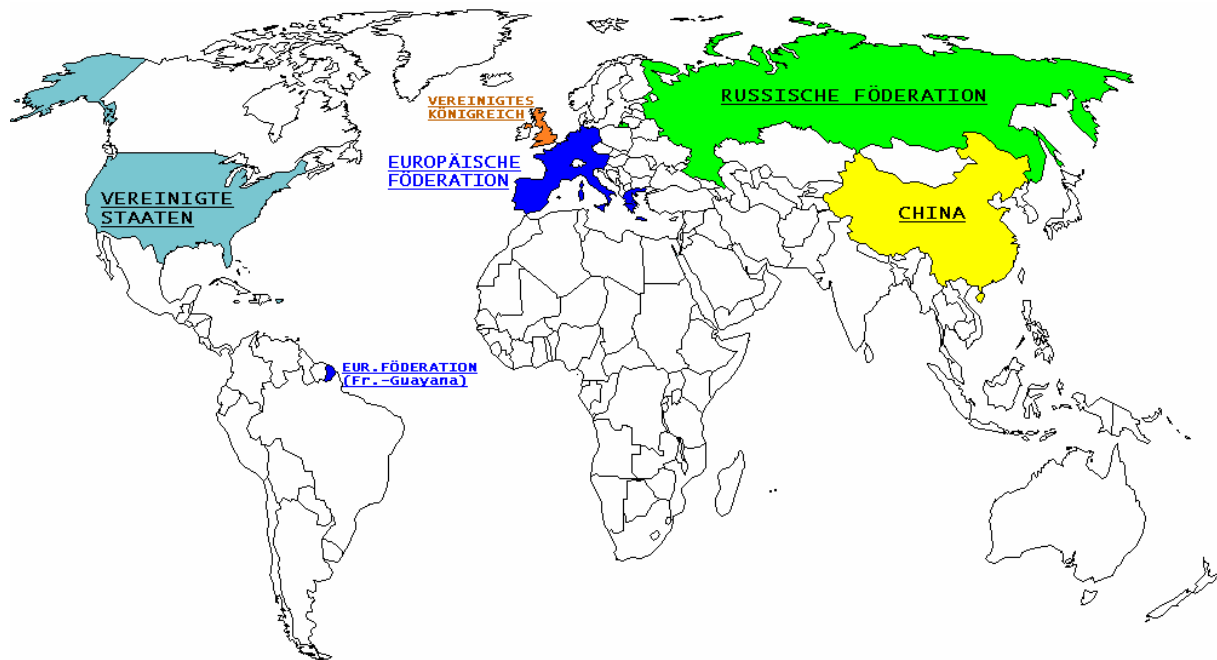


EU-Staaten in hell- und dunkelblau; Europäische Föderation in dunkelblau;

Frankreich und Deutschland sind übrigens ein Muss! Wenn einer dieser beiden Staaten nicht mitmacht, ist das Projekt nicht realisierbar. Dagegen wäre auch eine (deutlich) geringere Zahl an Gründungsmitgliedern möglich, z.B. nur die EWG-Gründerstaaten, oder diese und ein, zwei, drei ... Andere aus der genannten Elfergruppe. Auch ohne Italien oder einen oder alle Benelux-Länder wäre die Gründung einer Europäischen Föderation möglich.

Besonders wichtig ist natürlich Frankreich: Die Föderation würde ja die außenpolitische Rechtsnachfolge aller Bundesstaaten antreten – von **Frankreich würde sie daher den ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, mit Vetorecht, sowie den Status einer anerkannten Kernwaffenmacht übernehmen.**

Wir sehen hier auf dieser Karte die Vetomächte des UN-Sicherheitsrates nach einer Föderationsgründung:



Als Hauptstadt der Europäischen Föderation könnten wir uns Straßburg vorstellen. Straßburg ist eine französische Stadt – was angesichts der Bedeutung Frankreichs für die Föderation nicht unwichtig wäre – und sie ist gleichzeitig auch mit dem Europagedanken untrennbar verbunden. Außerdem repräsentiert Straßburg wie keine andere Stadt die deutsch-französische Freundschaft, die den zentralen Anker Europas und der Europäischen Integration darstellt.

Wir möchten nochmals betonen: **Die EU wird nicht durch die Föderation ersetzt. Vielmehr schließen sich EU-Staaten zu einem souveränen Staat, der Europäischen Föderation, zusammen, die als ein Staat Mitglied der EU bleibt. Die EU hat dadurch weniger Mitglieder und sie hat ein Gravitationszentrum, welches Europas Handlungsfähigkeit auch in jenen Bereichen sicherstellt, die sich nicht für eine Vergemeinschaftung eignen – also vor allem in der Außen- und Äußere Sicherheitspolitik.** Hier könnte die Föderation entweder alleine oder zusammen mit anderen EU-Staaten, realistischerweise wohl zusammen mit dem Vereinigten Königreich (Großbritannien), handeln.

Nun wollen wir in der Folge erklären, wie die Föderation, als Teil der EU, gemäß unserem Konzept funktionieren soll:

Vorerst welche Konsequenzen hätte das für die EU-Institutionen:

Die Mitgliederzahl in einer EU der 27 würde auf 17 sinken. Für die Stimmgewichtung im Rat würde das bedeuten, dass die Föderation bei Aufaddierung der Stimmgewichte der Gründungsstaaten über 52,46 % der Stimmen und über einen Bevölkerungsanteil von 62,11 % verfügen würde. Da mit diesem Ergebnis das Prinzip einer überproportionalen Gewichtung der Stimmrechte kleiner Staaten gewahrt bliebe, würde nichts gegen die Aufaddierung sprechen.

Hier sehen Sie die **Einwohner und Stimmgewichtung im Rat nach Gründung einer kerneuropäischen Föderation bei 17 Mitgliedsstaaten:**

	Einwohner	%	Stimmgewichtung im Rat	%
Europäische Föderation	303,6	62,11%	181	52,46%
Vereinigtes Königreich	60,0	12,27%	29	8,41%
Polen	38,2	7,82%	27	7,83%
Rumänien	21,7	4,44%	14	4,06%
Tschechische Republik	10,2	2,09%	12	3,48%
Ungarn	10,1	2,07%	12	3,48%
Schweden	9,0	1,84%	10	2,90%
Bulgarien	7,8	1,60%	10	2,90%
Dänemark	5,4	1,10%	7	2,03%
Slowakei	5,4	1,10%	7	2,03%
Finnland	5,2	1,06%	7	2,03%
Irland	4,1	0,84%	7	2,03%
Litauen	3,4	0,70%	7	2,03%
Lettland	2,3	0,47%	4	1,16%
Estland	1,3	0,27%	4	1,16%
Zypern	0,7	0,14%	4	1,16%
Malta	0,4	0,08%	3	0,87%
Gesamt	488,8	100,00%	345	100,00%
Qualifizierte Mehrheit	303,1	62,00%	255	73,91%

Seit dem Vertrag von Nizza gilt folgende Regel für das Erreichen einer qualifizierten Mehrheit, der die meisten Beschlüsse bedürfen:

- Es sind 73,91 % der Stimmen
- und die Unterstützung der Mehrheit der Mitgliedsstaaten notwendig.
- Des Weiteren kann jedes Ratsmitglied eine Überprüfung verlangen, ob diese Staaten mindestens 62 % der Bevölkerung der Union repräsentieren.

Ohne die Föderation könnten also keine Beschlüsse gefasst werden. Da aber für Beschlüsse auch eine Mehrheit der Mitgliedsstaaten notwendig ist, wäre die Befürchtung einer zu großen Dominanz der Europäischen Föderation unbegründet!

Nun, in der Realität wäre die Föderation sicher der gewichtigste EU-Staat, unabhängig von den formalen Regeln. Sie wäre der Hauptnettozahler, der größte Staat, ein EU-Land, das auch ohne die anderen auskommen würde, während die anderen auf die Europäische Föderation angewiesen wären.

Machen wir noch einen Blick auf die Stimmverteilung im EU-Parlament. Auch hier spräche nichts gegen eine Aufaddierung der Mandate der Föderations-Gründerstaaten.

Einwohner und Sitzverteilung im EU-Parlament nach Gründung einer kerneuropäischen Föderation bei 17 Mitgliedern:

	Einwohner	%	Parlamentssitze	%
Europäische Föderation	303,6	62,11%	414	56,25%
Vereinigtes Königreich	60,0	12,27%	72	9,78%
Polen	38,2	7,82%	50	6,79%
Rumänien	21,7	4,44%	33	4,48%
Tschechische Republik	10,2	2,09%	22	2,99%
Ungarn	10,1	2,07%	22	2,99%
Schweden	9,0	1,84%	18	2,45%
Bulgarien	7,8	1,60%	17	2,31%
Dänemark	5,4	1,10%	13	1,77%
Slowakei	5,4	1,10%	13	1,77%
Finnland	5,2	1,06%	13	1,77%
Irland	4,1	0,84%	12	1,63%
Litauen	3,4	0,70%	12	1,63%
Lettland	2,3	0,47%	8	1,09%
Estland	1,3	0,27%	6	0,82%
Zypern	0,7	0,14%	6	0,82%
Malta	0,4	0,08%	5	0,68%
Gesamt	488,8	100,00%	736	100,00%

Viel interessanter als die Frage nach der Funktionsweise der EU – wo sich nichts ändern muss – ist die Frage, wie die Föderation funktionieren könnte.

Da wäre einmal die Kompetenzverteilung: Die Aufgaben in der Föderation sollen streng nach dem Subsidiaritätsprinzip, dessen Einhaltung ein unumstößlicher Grundsatz in der föderativen Verfassung sein soll, aufgeteilt sein.

- So muss die Föderation, als souveränes Völkerrechtssubjekt, jedenfalls für Außen- und Verteidigungspolitik zuständig sein
- und sie bräuchte alle Kompetenzen, die notwendig sind, um im Bereich der Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik die Handlungsfähigkeit der Politik, den Primat der Politik über die Wirtschaft wiederherzustellen. Dazu gehört die Kompetenz im Bereich Unternehmenssteuern, Kapitalertrags- und Einkommenssteuern, Umweltsteuern, dazu gehört auch die Kompetenz im Bereich der Gestaltung, vor allem aber der Finanzierung der Sozialsysteme.
- Innere Sicherheit, Universitäten, Schule, Verwaltung des Gesundheitswesens und vieles mehr sollen dagegen im Kompetenzbereich der Bundesstaaten verbleiben.

Was schlagen wir für Regierung und Gesetzgebung vor?

Wir haben uns die verschiedensten Regierungssysteme angesehen und sind zu der Ansicht gelangt, dass für die Aufgabenbewältigung, vor allem für ein effizientes Handeln in der Außen- und Verteidigungspolitik, aber auch aus demokratiepolitischer Sicht ein Präsidialsystem nach dem Muster der USA am geeignetsten wäre. Es ist ein System, das der klassischen Gewaltenteilung entspricht.

Der Präsident und der Vizepräsident sollen von den europäischen Bürgern direkt gewählt werden. Dem Präsidenten obliegt es, grundsätzlich sein Regierungsteam selbst zu bestimmen. Der Senat soll jedoch die Möglichkeit haben, vom Präsidenten vorgeschlagene Minister mit 2/3 Mehrheit abzulehnen. Somit haben wir ein von den Bürgern direkt legitimes Staatsoberhaupt an der Spitze der Föderationsregierung.

Die Legislative soll aus einem Zwei-Kammern-Parlament bestehen, nämlich aus der Föderationsversammlung, die die Bürger, und aus einem Senat, der die Bundesstaaten repräsentiert.

- ⇒ Für die Wahl in die Föderationsversammlung soll jede Stimme das gleiche Gewicht haben – die Mandate wären also auf die Bundesstaaten entsprechend ihrer Einwohnerzahl aufzuteilen.
- ⇒ Dagegen soll jeder Bundesstaat im Senat mit zwei Senatoren vertreten sein, die auch direkt gewählt werden.

Die beiden Kammern des Föderationsparlaments – Föderationsversammlung und Senat:

	Einwohner	Einwohner in %	Föderationsversammlung	Senat
Deutschland	82,5	27,17%	200	2
Frankreich	60,6	19,96%	147	2
Italien	58,5	19,27%	142	2
Spanien	43,0	14,16%	104	2
Niederlande	16,3	5,37%	39	2
Griechenland	11,1	3,66%	27	2
Portugal	10,5	3,46%	25	2
Belgien	10,4	3,43%	25	2
Österreich	8,2	2,70%	20	2
Slowenien	2,0	0,66%	5	2
Luxemburg	0,5	0,16%	1	2
Europäische Föderation	303,6	100,00%	735	22

Auf den folgenden Folien sehen Sie die wichtigsten Kompetenzen von Präsident, Föderationsversammlung und Senat.

Kompetenzen des Präsidenten:

- Staatsoberhaupt, Regierungschef, Bildung der Regierung;
- Oberbefehlshaber der Streitkräfte – Befugnis zum weltweiten Einsatz der Streitkräfte mit Einschränkungen;
- Einbringung von Gesetzesinitiativen in die Föderationsversammlung;
- Vetorecht gegen Verfassungsgesetze

Kompetenzen der Föderationsversammlung:

- Beschluss von Gesetzen mit einfacher Mehrheit, von Verfassungsgesetzen mit 2/3-Mehrheit;

Kompetenzen des Senats:

- Vetorecht gegen von der Föderationsversammlung beschlossene Gesetze mit einfacher Mehrheit;
- Zustimmungsnötigkeit mit 2/3 Mehrheit zu von der Föderationsversammlung beschlossenen Verfassungsgesetzen;
- Hearing und Abstimmung über die vom Präsidenten vorgeschlagenen Minister; Möglichkeit der Ablehnung eines Ministers mit 2/3 Mehrheit;

Ein Staat braucht auch oberste Gerichte. Wir schlagen hier die Einrichtung zweier Gerichtshöfe vor, eines Föderationsgerichtshofes als Verfassungs- und Verwaltungsgericht und eines Föderationsobergerichtes als oberstes Zivil-, Handels-, Arbeits-, und Strafgericht.

In der Verfassungstradition wollen wir im Besonderen an das Verfassungsverständnis der Bundesrepublik Deutschland, die sich ja als Land des Grundgesetzes versteht, anschließen. Gerade für einen Staat, der aus mehreren Nationen gebildet wird, ist die Förderung eines Verfassungspatriotismus von besonderer Wichtigkeit.

Letztendlich hoffen wir auch, dass die Nationen der Föderation zu einer Föderationsnation zusammenwachsen. Wir glauben, dass die Voraussetzungen dafür nicht schlecht sind!

Europa hat eine gemeinsame Identität die auf dem christlich-jüdischen Erbe, auf dem Erbe Griechenlands und Roms basiert. Auf diesem fruchtbaren Boden haben sich Wissenschaft und Aufklärung entwickelt, die sich freilich auch gegen ein fundamentalistisches Religionsverständnis durchsetzen mussten und letztlich auch durchgesetzt haben.

Die Identität des modernen Europas ist – basierend auf den drei genannten Säulen – geprägt von der Aufklärung und den Werten der französischen Revolution, "Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" ... Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaat, soziale Gerechtigkeit, Bewahrung unserer Lebensgrundlagen ... das sind die Werte Europas!

In den 11 Staaten, die wir als Gründungsstaaten der Europäischen Föderation vorschlagen, sind die Gemeinsamkeiten, die historischen, die kulturellen, die sozialen, stärker ausgeprägt, als in der gesamten EU oder gar in Gesamteuropa.

Was der Föderation fehlt, ist eine von allen Bürgern verstandene Sprache,
⇒ die das Entstehen einer europäisch-föderalen Öffentlichkeit, als Basis für eine funktionierende Demokratie, erleichtern würde.

Wir werden uns da in Europa mit Kompromissen begnügen müssen! Staaten, wie die Schweiz zeigen uns, dass eine starke Demokratie auch mit Mehrsprachigkeit gut funktionieren kann. So werden vorerst alle acht Sprachen, die in der Föderation gesprochen werden, auch Amtssprachen sein. Als Arbeitssprachen in Parlament, Regierung, bei Behörden und Gerichten wird man zumindest Französisch und Deutsch und wohl auch die Fremdsprache Englisch zulassen müssen, möglicherweise auch zusätzlich noch Italienisch und Spanisch.

Aus diesem Grund ist die Förderung der Mehrsprachigkeit der Bürger ein ganz wichtiges Bildungsziel und soll auch zum Zusammenwachsen im gemeinsamen Europa beitragen.

⇒ In der Schule soll ab der ersten Schulstufe eine der beiden großen Sprachen der Föderation als Fremdsprache unterrichtet werden – also Französisch oder Deutsch. Ab der 7. Schulstufe soll die gewählte Sprache dann als Zweitsprache dienen, d.h. ein Teil der Fächer soll in dieser Sprache unterrichtet werden. Selbstverständlich sollte Englisch ab der 5. Schulstufe als Fremdsprache unterrichtet werden. Eine zweite Variante wäre, nicht nur Französisch und Deutsch sondern auch Italienisch und Spanisch als Zeitsprache zuzulassen, was den Vorteil hätte, dass Minderheiten im Föderationsgebiet nicht eine Drittsprache lernen müssten.

Neben der Schule sind die Medien für das Zusammenwachsen zu einer Föderationsnation von entscheidender Bedeutung. Wir schlagen daher Initiativen für föderale Fernseh- und Radioprogramme nach dem ARTE-Modell vor, die zumindest in den vier großen Sprachen Deutsch, Französisch, Italienisch und Spanisch ausgestrahlt werden.

Letztendlich wird man sehen, ob überhaupt eine, und wenn, welche Sprache zur Lingua Franca wird.

Nunmehr kommen wir zum Abschluss und möchten dabei nochmals folgendes betonen:

- **Die Gründung einer Europäischen Föderation die im Inneren wie nach Außen in den entscheidenden Politikbereichen handlungsfähig ist, die Weltmacht, die Global Player ist, ist kein Hirngespinnst sondern historische Notwendigkeit – zumindest dann, wenn wir Europäer**

Akteure und nicht Spielball der Geschichte sein wollen – wenn wir die großen Herausforderungen bewältigen wollen und zwar großteils aus eigener Kraft!

- **Eine Europäische Föderation ist notwendig, wenn wir als Europäer in der Lage sein wollen, eine realisierbare Vision von einer positiven Zukunft zu entwickeln, ein integriertes stimmiges politisches Konzept, das die Menschen wieder positiv in die Zukunft blicken lässt, die ihnen wieder den Glauben gibt, dass es ihre Kinder nicht schlechter sondern noch besser als sie selbst haben werden.**

Wir bei Nova EUropa arbeiten dzt. unter dem Stichwort "**Vision 2020**" an einer solchen Politik:

- Einer Gesellschafts-, Innen- und Justizpolitik nach europäischen, nach aufgeklärten Wertvorstellungen,
- einer Politik der weltweiten ökosozialen Marktwirtschaft
- und einer auch außenpolitischen und militärischen Absicherung dieser Politik durch die Stellung der Föderation als Global Player.

Der "Europäische Traum" ist angesichts der heutigen Herausforderungen dem "Amerikanischen Traum" überlegen!!

Nicht ein Europäer sagt uns das, sondern Jeremy Rifkin, ein Amerikaner muss uns das sagen. Wenn wir noch etwas von den Amerikanern lernen können. dann ist es ihr Selbstvertrauen, ihr noch vorhandener Pioniergeist und ihre Zukunftszuversicht.

Wir von Nova Europa wollen den Glauben an die Fähigkeiten Europas stärken und wir haben die Hoffnung, dass sich immer mehr Europäer von diesem Glauben anstecken lassen und die Notwendigkeit der Gründung, einer Europäischen Föderation, als notwendiger Vertiefung der EU, erkennen!

Schließen wollen wir mit dem großen Europäer Helmut Kohl – und zwar mit jenem Ausspruch, der zum Leitsatz von Nova EUropa geworden ist:

"Die Visionäre sind die wahren Realisten der Geschichte"

Danke für die Aufmerksamkeit und wir freuen uns auf die Diskussion.